



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)

und Antwort

der Landesregierung – Ministerin für Justiz und Gesundheit (MJG)

Unerledigte Ermittlungsverfahren bei den Staatsanwaltschaften

1. Wie hoch war die Anzahl der Eingänge bei den Staatsanwaltschaften in der ersten Hälfte des Jahres 2026? Bitte aufschlüsseln nach Dienststellen.

Antwort:

Im ersten Halbjahr 2026 waren insgesamt 86.935 Eingänge in Bekannstsachen bei den Staatsanwaltschaften zu verzeichnen:

Staatsanwaltschaft Flensburg: 15.535

Staatsanwaltschaft Itzehoe: 14.256

Staatsanwaltschaft Lübeck: 28.726

Staatsanwaltschaft Kiel: 28.418

2. Wie viele Erledigungen durch die Staatsanwaltschaften gab es demgegenüber in der ersten Hälfte des Jahres 2026? Bitte aufschlüsseln nach Dienststellen.

Antwort:

Im ersten Halbjahr 2026 waren insgesamt 79.148 Erledigungen in Bekanntsachen bei den Staatsanwaltschaften zu verzeichnen:

Staatsanwaltschaft Flensburg: 15.161

Staatsanwaltschaft Itzehoe: 11.242

Staatsanwaltschaft Lübeck: 27.013

Staatsanwaltschaft Kiel: 25.732

3. Wie hoch war die Anzahl der unerledigten Verfahren bei den Staatsanwaltschaften in der ersten Hälfte des Jahres 2026 und wie viele der unerledigten Verfahren

a. gingen bereits vor 2016 ein?

b. gingen im Zeitraum von 2016 bis 2025 ein?

c. gingen im Jahr 2026 ein?

Bitte aufschlüsseln nach Dienststellen.

Antwort:

Im ersten Halbjahr 2026 waren insgesamt 47.831 Verfahren in Bekanntsachen unerledigt:

Staatsanwaltschaft Flensburg: 7.517

Staatsanwaltschaft Itzehoe: 13.601

Staatsanwaltschaft Lübeck: 10.329

Staatsanwaltschaft Kiel: 16.366

Eine Differenzierung der Daten entsprechend den Unterfragen a. bis c. kann nicht vorgenommen werden, da das staatsanwaltschaftliche Vorgangsverwaltungssystem MESTA keine Verlaufsstatistik abbildet.

4. Wie hoch war der Personaldeckungsgrad nach Pebbßy in den verschiedenen Dienstgruppen der Staatsanwaltschaften in der ersten Hälfte des Jahres 2026?

Antwort:

Der Personaldeckungsgrad ergibt sich aus der folgenden Übersicht:

	1. Quartal 2026	2. Quartal 2026
S-Geschäfte = Staatsanwälte	88,95 %	89,04 %
A-Geschäfte = Amtsanwälte	87,71 %	88,57 %
G-Geschäfte = vergleichbar geh. Dienst	100,07 %	99,90 %
M-Geschäfte = vergleichbar mittlerer Dienst	92,17 %	92,84 %

Hierzu wird auf Folgendes hingewiesen:

In der Ansicht werden jeweils die Jahreswerte (Durchschnittswerte des angeführten Quartals zzgl. 3 Vorquartale in % ohne Arbeitskraftanteile, die zwar im Personalbestand vorhanden sind, aber in der Personalverwendung nicht zur Verfügung stehen) abgebildet. Aufgrund von Eingangsrückständen ist davon auszugehen, dass der Deckungsgrad geringer ist, als in der Darstellung angezeigt wird.

5. Worin sieht die Landesregierung den Grund für die ansteigende Anzahl unerledigter Verfahren? Bitte erläutern.

Antwort:

Die Gründe für die hohen Restezahlen sind vielfältig. Sie liegen unter anderem in der zunehmenden Komplexität der Verfahren sowie der Dauer von IT-Auswertungen, Sachverständigengutachten und Rechtshilfeersuchen. Ein weiterer Grund liegt jedenfalls auch in der Einführung der elektronischen Akte und den damit einhergehenden Umstellungsprozessen und Schwierigkeiten. Diese haben zunächst zu einem Bearbeitungsstau in den zentralen Eingangsstellen geführt. Das Justizministerium hat hierauf eine Reihe technischer und personeller Maßnahmen ergriffen, um die Verzögerungen bei der Eintragung von Ermittlungsverfahren zu reduzieren. Die Rückstände an vielen Standorten konnten hierdurch deutlich reduziert und teilweise sogar weitgehend abgebaut werden. Die registrierten Verfahren erreichen die Geschäftsstellen und die Dezernentinnen und Dezernenten nun

gesammelt. Die mit der E-Akte verbundenen Herausforderungen (u.a. der Umgang mit hybrid geführten Akten und Umfangssachen sowie die Performance der E-Akte) sind Gegenstand von weiteren laufenden Maßnahmen zur Verbesserung der Software und der Arbeitsabläufe. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich um anfängliche Schwierigkeiten im Zuge eines umfassenden Umstellungsprozesses handelt, die schrittweise bewältigt werden. Neben den technischen und organisatorischen Maßnahmen kommt auch der personellen Ausstattung der Staatsanwaltschaften eine wichtige Bedeutung zu. Das Justizministerium beabsichtigt daher, die in dieser Legislaturperiode eingeleitete Entwicklung der Personalstärkung konsequent fortzusetzen. Für den Haushalt 2027 sind weitere Stellen sowohl im staatsanwaltlichen Bereich als auch für die Serviceeinheiten und die Amtsanwaltschaft beantragt worden. In der laufenden Legislaturperiode sind die Staatsanwaltschaften bereits deutlich gestärkt worden: Neben einem Ausbau von 61 Stellen im staatsanwaltlichen Bereich wurden auch die sogenannten Folgedienste gezielt ausgebaut. Insgesamt wurden 51 zusätzliche Stellen insbesondere für Serviceeinheiten, den Justizwachtmeisterdienst, den Rechtspflegerdienst sowie in der Amtsanwaltschaft geschaffen. Zusätzlich wurden weitere zehn Stellen aus besser ausgestatteten Justizbereichen in die Staatsanwaltschaft verlagert. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf den Serviceeinheiten, die nach den Personalbedarfsberechnungen im besonderen Maße belastet sind.